

# Krieg ohne Heimatfront?

Zusammengestellt von Eric Sangar

Editorial	2	***	
KRIEG OHNE HEIMATFRONT? DIE PRÄSENZ DES KRIEGES IN WESTLICHEN GESELLSCHAFTEN		<i>Roland Benedikter</i> „Fuck the EU“. Die USA und die Ostpolitik der EU	104
<i>Udo Tietz</i> Auschwitz und die Moderne. Über die geschichtsphilosophische Bedeutung von Katastrophen	6	<i>Frank Adler</i> Postwachstumsvisionen. Zu einer neuen Tendenz in der wachstumskritischen Debatte	118
<i>Pascal Vennesson</i> Krieg ohne die Bevölkerung	24	BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN	
<i>Michael Daxner</i> Abzug aus Afghanistan – Vorschau auf ein neues Narrativ	39	<i>Camilla Warnke</i> „An der ideologischen Front“. Zur Edition von Wolfgang Harichs Schriften aus dem Nachlass	133
<i>Paul Dixon</i> Die Militarisierung der britischen Demokratie	54	<i>Wladislaw Hedeler</i> Die späte Rückkehr der Exilanten aus der UdSSR	147
<i>Eric Sangar</i> Strategisches Denken in Deutschland nach Afghanistan. Die Renaissance der Technokraten der Gewalt?	71	Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog Rezensiert von <i>Alexander Reichwein</i>	157
<i>Mathias Delori</i> Was ist aus den „Rittern der Lüfte“ geworden? Asymmetrische Kriege und das Ethos des Militärs	90	Ulf Faller: Der Kruzifixstreit oder Warum Schule säkular sein muss Rezensiert von <i>Christoph Horst</i>	163

## Editorial

„Der Krieg findet nicht statt“ – Baudrillards Diktum zum Ersten Irakkrieg im Jahr 1991 scheint eine durchaus zutreffende Charakterisierung westlicher Kriege nach dem Kalten Krieg zu sein. Militärische Konfrontationen, so scheint es, haben sich in den zwei Jahrzehnten nach Ende des Kalten Krieges zunehmend von der Oder-Neiße-Grenze an den Hindukusch verlagert. Doch es ist nicht nur die geographische Distanz, durch die der Krieg in den westlichen Gesellschaften immer mehr aus dem öffentlichen Bewusstsein rückt. Vielmehr tragen zunehmend diffuse Feindbilder, die Transformation der medialen Kriegsbilder vom blutigen Heldenepos hin zu einer sterilen Technologiedemonstration, oder auch die verschwindend geringe Zahl von „eigenen“ Gefallenen zur Wahrnehmung bei, dass heutige Kriege vor allem die „Anderen“, bisweilen „Andersartigen“ betreffen. So beteiligte sich Deutschland zwischen 2003 und 2014 an einem Krieg, der mehr als doppelt so lange dauerte wie der Zweite Weltkrieg – und trotzdem schien die Gesellschaft diesen Krieg erst dann als solchen wahrzunehmen, als mehr als 100 Zivilisten infolge des Befehls eines deutschen Offiziers bei einem Luftangriff starben.

Dass westliche Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges gehäuft militärische Gewalt anwenden – unter den Label der Friedensmission, der Stabilisierungseinsätze, der humanitären Intervention oder des Präventivkriegs – scheint ihre *heimischen* Gesellschaften nur wenig zu beeinflussen. Selbst in der Bundesrepublik Deutschland, deren Armee von Politik und Gesellschaft noch während des Kalten Krieges allein auf die Maxime „Kämpfen können, um

nicht kämpfen zu müssen“ verpflichtet wurde, provozierte die graduelle Hinwendung zu einer militärisch-interventionistischen Sicherheitspolitik nur punktuell gesellschaftlichen Widerstand. Dieser erreichte im Vorfeld der NATO-Luftkampagne gegen Jugoslawien ihren Höhepunkt, als der damalige Außenminister Fischer Opfer eines Farbbeutelwurfs während seiner Rede auf dem Parteitag der Grünen wurde. Seitdem ist in dem Land, das seine Nachkriegsidentität auf die Ablehnung des Krieges als legitimes Mittel der Politik gründete, die pazifistische Skepsis gegenüber dem militärischen Instrument in ein „freundliches Desinteresse“ übergegangen, wie es der damalige Bundespräsident Köhler 2005 formulierte. Die Verwicklung in militärische Konflikte der Gegenwart, so scheint es, produziert in westlichen Gesellschaften geringeren öffentlichen Widerhall als die Kürzung von Sozialleistungen, die Liberalisierung des Eherechts oder die Hochzeit eines zukünftigen Monarchen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheint – zumindest für die westlichen Staaten – der Moment gekommen zu sein, in dem der Krieg seine konstitutive und regulative Funktion für die Entwicklung von Staaten und Gesellschaften endgültig verloren hat.

Der Themenschwerpunkt dieses Heftes wirft die Frage auf, inwiefern diese Diagnose tatsächlich berechtigt ist. Wie lassen sich die Auswirkungen heutiger Kriege auf die westlichen Gesellschaften analysieren? Sind diese tatsächlich so gar nicht vergleichbar mit früheren Epochen? Und welche Rückkopplungseffekte lassen sich im Hinblick auf kulturelle und institutionelle Normen europäi-

scher Gesellschaften feststellen? Die folgenden Beiträge verdeutlichen die vielfältigen, oftmals der öffentlichen Aufmerksamkeit entzogenen Weisen, in denen die heutige Kriegführung wechselseitig von den Normen, Erfahrungen und Verhältnissen westlicher Gesellschaften bedingt ist und diese im Gegenzug neu beeinflusst. Ihre unterschiedlichen theoretischen und empirischen Perspektiven regen dazu an, die Präsenz des Krieges in unseren Gesellschaften stärker unter der Prämisse zu untersuchen, dass Krieg auch in der politischen Praxis wieder ein akzeptiertes Mittel der Fortführung der Politik geworden ist. Die Texte bündeln Forschungsergebnisse, die teils einen theoretischen, teils einen empirischen Schwerpunkt haben. Sie entstammen verschiedenen nationalen und disziplinären Forschungstraditionen und beruhen zumeist auf qualitativ-hermeneutischen Analysemethoden, die notwendigerweise durch das Vorwissen und die impliziten Annahmen der beteiligten Autoren beeinflusst sind. Diese Diversität ist gewollt, denn sie bietet eine Chance auf die Eröffnung von Debatten und die Entstehung neuer Argumente, die gerade in diesem Moment der Beendigung des längsten und kostspieligsten Interventionseinsatzes der NATO vonnöten sind. Wir wissen einiges – wenn auch längst nicht genug – von den Effekten heutiger Interventionen in den Gesellschaften, in denen sie stattfinden; doch wir wissen viel zu wenig von den Auswirkungen auf die Gesellschaften, die diese Interventionen führen. Obwohl die hier versammelten Beiträge unterschiedliche Fragestellungen und Herangehensweisen verfolgen, so ist ihnen doch eines gemeinsam: Sie präsentieren Argumente und Ergebnisse, die sich teilweise stark von *common assumptions* unterscheiden, die in der öffentlichen wie in der akademischen Debatte vorherrschen. Auch dadurch soll diese Ausgabe dazu beitragen, eine Diskussion anzuregen und neue Argumente und Analyseperspektiven zu den Zusammenhängen zwischen Kriegführung, Politik und Gesellschaft anzuregen.

Der Eröffnungsbeitrag dieser Ausgabe stammt aus der Feder von *Udo Tietz*. Seine Argumentation bezieht sich nicht auf die Auswirkungen heutiger Kriege, sondern richtet sich auf die Frage, inwiefern das heu-

tige normative Selbstverständnis westlicher Gesellschaften als „moderne Gesellschaften“ – und damit als Verkörperung eines universalgeschichtlichen Fortschritts – noch haltbar ist. Heutige Interventionsbefürworter berufen sich häufig darauf, einen „epochalen moralischen Fortschritt der Menschheit zu befördern“ (Herfried Münkler, „Humanitäre militärische Interventionen“, Wiesbaden 2009, S. 92): Speziell die Lehren aus der Erfahrung des Holocaust dienen beispielsweise im Vorfeld der Intervention im Kosovo dazu, den „Fortschritt“ der Geschichte dadurch zu befördern, dass eine „Wiederholung“ der Geschichte des Zweiten Weltkriegs verhindert werden sollte. Solche Begründungen setzen jedoch implizit zwei Bedingungen voraus: Erstens, dass das Vertrauen in den universellen Fortschritt der Geschichte auch nach dem Holocaust möglich ist; zweitens, dass westliche Gesellschaften zumindest über die intellektuell-normativen Grundlagen verfügen, die normativen Inhalte dieses Fortschritts zu identifizieren und auch mithilfe militärischer Gewalt zu exportieren. Die Argumentation von *Udo Tietz* widerlegt das Vorhandensein dieser beiden Bedingungen. Anhand einer Diskussion der Kernargumente Kants und Adornos zeigt er, dass angesichts der Katastrophe des Holocausts das Festhalten an der Dreieinigkeit von Vernunft, Moral und universellem Fortschritt entweder als Beweis für Dummheit oder für Ideologie gelten muss.

Die heutigen Kriege westlicher Staaten werden nicht nur anders legitimiert, sie werden auch institutionell anders geführt. Der Beitrag von *Pascal Vennesson* verlagert daher die theoretische Reflexion auf die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Krieg verändert, und zwar auf Basis der Theorie des bekanntesten Denkers des Krieges, Carl von Clausewitz. Ein häufig genanntes Argument zum Verhältnis der heutigen Gesellschaft zur Kriegführung basiert auf dem Konzept der „post-heroischen Gesellschaft“, wonach die gesellschaftliche Sensibilität für eigene Kriegsgefallene zu „excessive timidity in employing military means“ (Edward N. Luttwak, „Toward post-heroic warfare“, *Foreign Affairs* 74/1995) führe. Alternativ zu dieser Interpretation und der damit verbun-